Bundesnetzagentur

**Beschlusskammer 9** Aktenzeichen: BK9-11/8016-8258-NÜ15

# Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach § 26 Abs. 2 ARegV i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG, § 32 Abs. 1 Nr. 1 und § 4 ARegV sowie § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV u. a.

wegen Abänderung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen

hat die Beschlusskammer 9 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

| | |
|---|---|
| durch den Vorsitzenden | Helmut Fuß, |
| den Beisitzer | Dr. Jörg Mallossek |
| und die Beisitzerin | Anne Christine Zeidler, |

gegenüber Gas-Union Transport GmbH, Schaumainkai 87, 60596 Frankfurt a. M., gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

- abgebender Netzbetreiber -

und gegenüber KMW Gastransport GmbH, Kraftwerkallee 1, 55120 Mainz, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

- aufnehmender Netzbetreiber -

am 29.05.2018 beschlossen:

1. Der auf den zum 01.01.2015 vom abgebenden Netzbetreiber an den aufnehmenden Netzbetreiber übergehenden Netzteil entfallende Anteil an den Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers für den verbleibenden Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode wird gemäß der Anlage dieses Beschlusses festgelegt.

2. Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers werden um den in Ziff. 1 festgelegten Anteil vermindert.

3. Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des aufnehmenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode gemäß der Anlage dieses Beschlusses festgelegt.

4. Der aufnehmende Netzbetreiber ist verpflichtet, jeweils zum 1. Januar eines Kalenderjahres – erstmalig zum 01.01.2015 – die Erlösobergrenze für das jeweilige Kalenderjahr anzupassen, sofern sich der Verbraucherpreisgesamtindex nach § 8 ARegV, dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile nach § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 bis 4, 6 bis 13, S. 3 ARegV oder volatile Kostenanteile nach § 11 Abs. 5 ARegV ändern. Dies gilt innerhalb der ersten zwei Jahre ab Netzübergang jedoch nicht für Änderungen von Kostenanteilen, die aus dem übergegangenen Netzteil resultieren und nicht auf eine Veränderung der vorgelagerten Netzkosten, der volatilen Kostenanteile oder der ab dem 01.01.2017 anfallenden Auflösungsbeträge von Baukostenzuschüssen oder Netzanschlusskostenbeiträgen zurückzuführen sind.

5. Der aufnehmende Netzbetreiber ist verpflichtet, den Übergang von Netzen, Netzzusammenschlüssen und -aufspaltungen nach § 26 ARegV unverzüglich schriftlich bei der Beschlusskammer anzuzeigen.

## Gründe

### I.

Die Beschlusskammer hat auf Antrag der beteiligten Netzbetreiber ein Verfahren zur Abänderung der Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG, § 32 Abs. 1 Nr. 1 und § 4 ARegV sowie § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV u. a. eingeleitet.

Die Landesregulierungsbehörden, in deren Gebiet die beteiligten Netzbetreiber ihren Sitz haben, wurden gemäß § 55 Abs. 1 EnWG über die Einleitung des Verfahrens informiert.

Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers wurden mit Beschluss vom 28.04.2014, unter dem Aktenzeichen BK9-11/8016, festgelegt. Etwaige Anpassungen der Erlösobergrenzen aufgrund einer Änderung des Verbraucherpreisgesamtindexes gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 ARegV, wegen Änderungen von nicht beeinflussbaren Kostenanteilen gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV oder von volatilen Kostenanteilen gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 ARegV wurden nicht berücksichtigt.

Der abgebende Netzbetreiber übergibt den Netzanteil „Erdgastransportsystem KMW GT“ zum 01.01.2015 an den aufnehmenden Netzbetreiber. Aus diesem Grund wird der entsprechende Anteil der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen mit diesem Beschluss vom abgebenden Netzbetreiber auf den aufnehmenden Netzbetreiber übertragen.

Die beteiligten Netzbetreiber haben mit Schreiben vom 03.06.2015 die Aufteilung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen gemäß § 26 Abs. 2 ARegV beantragt. Es erfolgt darin eine Zuordnung des Sachanlagevermögens nach Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie der Netzparameter Fläche des versorgten Gebiets, Anzahl der Ausspeisepunkte und zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Ausspeisungen auf den übergehenden bzw. verbleibenden Netzteil. Zudem wurde unter anderem der Anteil

der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten, der vorübergehend nicht beeinflussbaren Kosten und der beeinflussbaren Kosten dargestellt und auf den übergehenden bzw. verbleibenden Netzteil verteilt. Die beteiligten Netzbetreiber haben der Beschlusskammer eine Auflistung des übergehenden Sachanlagevermögens sowie der Netzparameter übermittelt, welche diesem Beschluss als zusätzliche Anlage beiliegt.

Die Beschlusskammer hat dem abgebenden Netzbetreiber unter anderem mit Schreiben vom 02.02.2018 Gelegenheit gemäß § 67 Abs. 1 EnWG gegeben, sich zu der beabsichtigten Entscheidung der Beschlusskammer zu äußern. Der abgebende Netzbetreiber hat mit Schreiben vom 26.02.2018 Stellung genommen. Darin weist der Netzbetreiber darauf hin, dass im Jahr 2017 die übergehenden dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosen nicht berücksichtigt seien, dass eine Spaltenüberschrift in Anlage 1 den Netzübergang aus Sicht der Gas-Union Transport GmbH als Netzaufnahme und nicht als Netzabgabe ausweise und schließlich dass die beteiligten Netzbetreiber eine Regelung zu der Aufteilung des Saldos aus dem Regulierungskonto für die dritte Anreizregulierungsperiode hinsichtlich der Mehr-/Mindererlöse aus den Jahren 2012, 2013 und 2014 getroffen hätten - diese aber nicht in dem Beschlussentwurf erwähnt worden sei.

Die Beschlusskammer hat dem aufnehmenden Netzbetreiber unter anderem mit Schreiben vom 02.02.2018 Gelegenheit gemäß § 67 Abs. 1 EnWG gegeben, sich zu der beabsichtigten Entscheidung der Beschlusskammer zu äußern. Der aufnehmende Netzbetreiber hat mit Schreiben vom 14.02.2018 mitgeteilt, dass keine Anmerkungen zu der beabsichtigten Entscheidung bestünden.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte verwiesen.

## II.

Die Abänderung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der beteiligten Netzbetreiber erfolgt auf Grundlage des § 26 Abs. 2 ARegV i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG, § 32 Abs. 1 Nr. 1 und § 4 ARegV sowie § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV u. a.

### 1. Zuständigkeit

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 54 Abs. 1 EnWG die zuständige Regulierungsbehörde. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

### 2. Ermächtigungsgrundlage

Bei einem teilweisen Übergang eines Gasversorgungsnetzes auf einen anderen Netzbetreiber ist der Anteil der Erlösobergrenzen für den übergehenden Netzteil gem. § 26 Abs. 2 ARegV festzulegen. Die nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV ursprünglich festgelegten Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers sind um den entsprechend festgelegten Anteil der Erlösobergrenzen zu vermindern. Die nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV ursprünglich festgelegten Erlösobergrenzen des aufnehmenden Netzbetreibers sind um den entsprechend festgelegten Anteil zu erhöhen. Da der aufnehmende Netzbetreiber vor dem Netzübergang noch kein Netzbetreiber war und somit noch keine Erlösobergrenzen für ihn festgelegt wurden, werden die Erlösobergrenzen in der entsprechenden Höhe erstmalig festgelegt.

### 3. Bestimmung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen

Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers für die zweite Regulierungsperiode werden entsprechend dem übereinstimmenden Antrag der Beteiligten anteilig an den aufnehmenden Netzbetreiber übertragen.

### 3.1. Aufteilung dauerhaft nicht beeinflussbarer Kostenanteile

Die beteiligten Netzbetreiber haben eine Vereinbarung über die Aufteilung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile i. S. d. § 11 Abs. 2 ARegV getroffen und diese zur Grundlage des Antrags gemacht. Die Höhe der übergehenden dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile ergibt sich aus der Anlage. Dabei werden nur die Werte für die ersten beiden Jahre ab Netzübergang dargestellt, da die zukünftige Entwicklung ab dem dritten Jahr von Anpassungen durch den aufnehmenden Netzbetreiber nach § 4 Abs. 3 S. 1 ARegV abhängig ist. Ein Ausweis der zu übertragenden dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile in dem Jahr 2017, wie es der abgebende Netzbetreiber in seiner Stellungnahme vom 26.02.2018 wünscht, erübrigt sich daher. Eine Aufteilung der Kosten für die Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen ist nicht notwendig, da diesbezüglich ohnehin auf das Kalenderjahr abzustellen ist, auf das die Erlösobergrenze anzuwenden sein soll.

### 3.2. Aufteilung vorübergehend nicht beeinflussbarer Kostenanteile

Als vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile gelten gemäß § 11 Abs. 3 S. 1 ARegV die mit dem nach § 15 ARegV ermittelten Effizienzwert multiplizierten Gesamtkosten nach Abzug der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile. In diesen sind gemäß § 11 Abs. 3 S. 3 ARegV die auf nicht zurechenbaren strukturellen Unterschieden der Versorgungsgebiete beruhenden Kostenanteile enthalten.

Die beteiligten Netzbetreiber haben eine Vereinbarung über die Aufteilung der vorübergehend nicht beeinflussbaren Kostenanteile i. S. d. § 11 Abs. 3 S. 1 ARegV getroffen und diese zur Grundlage des Antrags gemacht. Die Höhe der übergehenden vorübergehend nicht beeinflussbaren Kostenanteile i. S. d. § 11 Abs. 3 S. 1 ARegV ergibt sich aus der Anlage.

### 3.3. Aufteilung nicht abgebauter beeinflussbarer Kostenanteile

Als beeinflussbare Kostenanteile gelten gemäß § 11 Abs. 4 ARegV alle Kostenanteile, die nicht dauerhaft oder vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile sind.

Ein Übergang beeinflussbarer Kostenbestandteile findet nicht statt, da der abgebende Netzbetreiber aufgrund seines Effizienzwertes von 100 % keine beeinflussbaren Kostenbestandteile im Sinne der ARegV hat.

### 3.4. Aufteilung des Regulierungskontosaldos

Gemäß § 5 Abs. 1 ARegV wird die Differenz zwischen den nach § 4 ARegV zulässigen Erlösen und den vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklung erzielbaren Erlösen jährlich vom Netzbetreiber ermittelt und auf einem Regulierungskonto verbucht. Gleiches gilt für die Differenz zwischen den für das Kalenderjahr tatsächlich entstandenen Kosten nach § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 bis 6, 8 und 15 bis 17 ARegV sowie den im jeweiligen Kalenderjahr entstandenen Kosten nach § 11 Abs. 5 ARegV und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen. Darüber hinaus wird zusätzlich die Differenz zwischen den für das Kalenderjahr bei effizienter Leistungserbringung entstehenden Kosten des Messstellenbetriebs, zu dem auch die Messung gehört, und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen, soweit diese Differenz durch Änderungen der Zahl der Anschlussnutzer, bei denen Messstellenbetrieb durch den Netzbetreiber durchgeführt wird, verursacht wird und soweit es sich nicht um Kosten für den Messstellenbetrieb von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen im Sinne des Messstellenbetriebsgesetzes handelt. In das Regulierungskonto wird auch die Differenz einbezogen, die durch die Maßnahmen des Netzbetreibers im Zusammenhang mit § 40 Absatz 2 Satz 3, Absatz 3 Satz 1 und 2 des Energiewirtschaftsgesetzes in Verbindung mit § 55 Absatz 1 Nummer 4 oder Absatz 2 des Messstellenbetriebsgesetzes verursacht wird, soweit der Netzbetreiber für die Durchführung zuständig war.

Die beteiligten Netzbetreiber haben eine Vereinbarung über die Aufteilung des Regulierungskontosaldos getroffen und diese zur Grundlage des Antrags gemacht.

Bezüglich des Saldos aus dem Regulierungskonto für die dritte Regulierungsperiode haben die beteiligten Netzbetreiber vereinbart, dass aufgrund der Mehr-/Mindererlöse aus den Jahren 2012, 2013 und 2014 zum 31.12.2014 ein Saldobetrag (Mehrerlös) in Höhe von 617.397,66€ übertragen wird.

## 4. Anpassung der Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 3 S. 1 ARegV

Zukünftige Anpassungen der Erlösobergrenzen wegen einer Änderung des Verbraucherpreisgesamtindexes gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 ARegV, von nicht beeinflussbaren Kostenanteilen gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV oder von volatilen Kostenanteilen gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 ARegV bleiben von diesem Beschluss unberührt. Die beteiligten Netzbetreiber sind weiterhin berechtigt, die entsprechenden Anpassungen an den Erlösobergrenzen vorzunehmen. Für den aufnehmenden Netzbetreiber gilt dies innerhalb der ersten zwei Kalenderjahre ab Netzübergang jedoch nicht für Änderungen von dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen, die aus dem übergegangenen Netzteil resultieren und nicht auf eine Veränderung der vorgelagerten Netzkosten, der volatilen Kostenanteile, der ab dem 01.01.2017 anfallenden Auflösungsbeträge von Baukostenzuschüssen oder Netzanschlusskostenbeiträgen oder Kosten aus Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV zurückzuführen sind.

Eine abschließende Überprüfung der bisherigen und zukünftigen Anpassungen wird erst mit der Genehmigung des Regulierungskontosaldos erfolgen.

III.

Die Anordnung des Tenors zu 4.) ergeht auf der Grundlage der § 29 Abs.1 EnWG i. V. m. § 32 Abs.1 Nr.1 ARegV.

Gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 ARegV ist der Netzbetreiber bei einer Änderung des Verbraucherpreisgesamtindex nach § 8 ARegV verpflichtet, die Erlösobergrenze jeweils zum 1. Januar eines Kalenderjahres anzupassen. Gleiches gilt bei der Änderung von dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen nach § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 bis 4, 6 bis 13, S. 2 und 3 ARegV und volatilen Kostenanteilen gemäß § 11 Abs. 5 ARegV. Einer erneuten Festlegung der Erlösobergrenze bedarf es ausweislich § 4 Abs. 3 S. 2 ARegV in diesen Fällen nicht.

Die entsprechende Verpflichtung des Netzbetreibers zur Anpassung der Erlösobergrenzen ist ausweislich der Verordnungsbegründung in der Festlegung aufzunehmen (BR-DrS. 417/ 07, S.44 f.). Die Verpflichtung zur Anpassung der Erlösobergrenzen wird daher gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG nochmals ausdrücklich angeordnet. Dies dient der Durchsetzung der Rechtslage, da hiermit die Möglichkeit eröffnet wird, die Verpflichtung nach § 94 EnWG durchzusetzen.

IV.

Die Anordnung des Tenors zu 5.) ergeht auf Grundlage der § 29 Abs.1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 11 und § 28 Nr. 8 ARegV.

Gemäß § 28 Nr. 8 ARegV ist der Netzbetreiber verpflichtet, den Übergang von Netzen, Netzzusammenschlüssen und -aufspaltungen nach § 26 ARegV sowie bei einem Wechsel des zuständigen Netzbetreibers den Übergang des Netzbetriebs unverzüglich anzuzeigen. Nach Maßgabe der §§ 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV kann die Bundesnetzagentur Entscheidungen zu Umfang, Zeitpunkt und Form der nach den §§ 27 und 28 ARegV zu erhebenden und mitzuteilenden Daten, insbesondere zu den zulässigen Datenträgern und Übertragungswegen treffen. In Ausübung dieser Befugnis ordnet sie an, dass der Netzbetreiber ohne schuldhaftes Zögern den Übergang von Netzen, Netzzusammenschlüssen und -aufspaltungen nach § 26 ARegV sowie einen Wechsel des zuständigen Netzbetreibers den Übergang des Netzbetriebs anzuzeigen hat. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Bundesnetzagentur zeitnah von dem Sachverhalt erfährt und sicherstellen kann, dass die Vorgaben des § 26 ARegV eingehalten werden. Die Anordnung dient der Durchset-

zung der Rechtslage, da hiermit die Möglichkeit eröffnet wird, die Verpflichtung nach § 94 EnWG durchzusetzen.

**V.**

Hinsichtlich der Kosten nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Bescheid.

**VI.**

Die beigefügte Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 29.05.2018

| Vorsitzender | Beisitzer | Beisitzerin |
|---|---|---|
| [redacted] | | |
| Helmut Fuß | Dr. Jörg Mallossek | Anne Christine Zeidler |

## A1 Übergehende EOG-Anteile

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 3 | | | | | Datum des Netzübergangs | 01.01.2015 |
| 4 | | | | | Aktenzeichen | BK9-11/8016-8258-NÜ15 |
| 5 | | | übergehender Anteil | | Beteiligter | KMW Gastransport GmbH |
| 6 | | | Summe Aufnahmen | Summe Abgaben | Aufnahme/ Abgabe | Netzabgabe |
| 7 | 2013 | $KA_{dnb,0}$ | - | - | | - |
| 8 | | $KA_{vnb,t}$ | - | - | | - |
| 9 | | $KA_{b,t}$ | - | - | | - |
| 10 | | $AnpB_{EF,t}$ | - | - | | - |
| 11 | | $Q_t$ | - | - | | - |
| 12 | | $S_t$ | - | - | | - |
| 13 | | $VK_t$-$VK_0$ | - | - | | - |
| 14 | | $H_t$ | - | - | | - |
| 15 | | $Sonst_t$ | - | - | | - |
| 16 | 2014 | $KA_{dnb,0}$ | - | - | | - |
| 17 | | $KA_{vnb,t}$ | - | - | | - |
| 18 | | $KA_{b,t}$ | - | - | | - |
| 19 | | $AnpB_{EF,t}$ | - | - | | - |
| 20 | | $Q_t$ | - | - | | - |
| 21 | | $S_t$ | - | - | | - |
| 22 | | $VK_t$-$VK_0$ | - | - | | - |
| 23 | | $H_t$ | - | - | | - |
| 24 | | $Sonst_t$ | - | - | | - |
| 25 | 2015 | $KA_{dnb,0}$ | - | [redacted] | | [redacted] |
| 26 | | $KA_{vnb,t}$ | - | | | |
| 27 | | $KA_{b,t}$ | - | | | |
| 28 | | $AnpB_{EF,t}$ | - | | | |
| 29 | | $Q_t$ | - | | | |
| 30 | | $S_t$ | - | | | |
| 31 | | $VK_t$-$VK_0$ | - | | | |
| 32 | | $H_t$ | - | | | |
| 33 | | $Sonst_t$ | - | | | |
| 34 | 2016 | $KA_{dnb,0}$ | - | | | |
| 35 | | $KA_{vnb,t}$ | - | | | |
| 36 | | $KA_{b,t}$ | - | | | |
| 37 | | $AnpB_{EF,t}$ | - | | | |
| 38 | | $Q_t$ | - | | | |
| 39 | | $S_t$ | - | | | |
| 40 | | $VK_t$-$VK_0$ | - | | | |
| 41 | | $H_t$ | - | | | |
| 42 | | $Sonst_t$ | - | | | |
| 43 | 2017 | $KA_{dnb,0}$ | - | | | |
| 44 | | $KA_{vnb,t}$ | - | | | |
| 45 | | $KA_{b,t}$ | - | | | |
| 46 | | $AnpB_{EF,t}$ | - | | | |
| 47 | | $Q_t$ | - | | | |
| 48 | | $S_t$ | - | | | |
| 49 | | $VK_t$-$VK_0$ | - | | | |
| 50 | | $H_t$ | - | | | |
| 51 | | $Sonst_t$ | - | | | |

| | A | B | C | D |
|---|---|---|---|---|
| 1 | **A2 Übergehendes Sachanlagevermögen und Parameter der Versorgungsaufgabe** | | | |
| 2 | Sachanlagevermögen | | | |
| 3 | Anlagengruppe | Jahr | Netzaufnahmen | Netzabgaben |
| 65 | Betriebsgebäude | 2000 | [redacted] | |
| 73 | | 1992 | | |
| 75 | | 1990 | | |
| 79 | | 1986 | | |
| 81 | | 1984 | | |
| 85 | | 1980 | | |
| 86 | | 1979 | | |
| 87 | | 1978 | | |
| 88 | | 1977 | | |
| 89 | | 1976 | | |
| 91 | | 1974 | | |
| 92 | | 1973 | | |
| 93 | | 1972 | | |
| 94 | | 1971 | | |
| 95 | | 1970 | | |
| 96 | | 1969 | | |
| 97 | | 1968 | | |
| 98 | | 1967 | | |
| 99 | | 1966 | | |
| 116 | | Summe | | |
| 240 | Geschäftsausstattung (ohne EDV, Werkzeuge/Geräte); Vermittlungseinrichtungen | 2009 | | |
| 250 | | Summe | | |
| 268 | Werkzeuge/Geräte | 2000 | | |
| 277 | | Summe | | |
| 544 | Gasmessanlagen | 2008 | | |
| 552 | | 2000 | | |
| 556 | | 1996 | | |
| 559 | | 1993 | | |
| 560 | | 1992 | | |
| 561 | | 1991 | | |
| 562 | | 1990 | | |
| 566 | | 1986 | | |
| 568 | | Summe | | |
| 847 | Rohrleitungen/Hausanschlussleitungen Stahl kathodisch geschützt <= 16 bar | 2010 | | |
| 849 | | 2008 | | |
| 857 | | 2000 | | |
| 883 | | 1974 | | |
| 884 | | 1973 | | |
| 913 | | Summe | | |
| 921 | Rohrleitungen/Hausanschlussleitungen Stahl | 2010 | | |
| 922 | | 2009 | | |
| 923 | | 2008 | | |
| 924 | | 2007 | | |
| 931 | | 2000 | | |
| 932 | | 1999 | | |
| 933 | | 1998 | | |
| 934 | | 1997 | | |
| 936 | | 1995 | | |
| 938 | | 1993 | | |
| 939 | | 1992 | | |
| 940 | | 1991 | | |
| 941 | | 1990 | | |
| 942 | | 1989 | | |
| 944 | | 1987 | | |
| 945 | | 1986 | | |
| 947 | | 1984 | | |
| 948 | | 1983 | | |
| 950 | Rohrleitungen/Hausanschlussleitungen Stahl | 1981 | | |

| | A | B | C | D |
|---|---|---|---|---|
| 951 | ~~Rohrleitungen/Hausanschlussleitungen Stahl~~ kathodisch geschützt > 16 bar | 1980 | | |
| 952 | | 1979 | | |
| 953 | | 1978 | | |
| 954 | | 1977 | | |
| 955 | | 1976 | | |
| 956 | | 1975 | | |
| 957 | | 1974 | | |
| 958 | | 1973 | | |
| 959 | | 1972 | | |
| 960 | | 1971 | | |
| 961 | | 1970 | | |
| 962 | | 1969 | | |
| 963 | | 1968 | | |
| 964 | | 1967 | | |
| 965 | | 1966 | | |
| 967 | | 1964 | | |
| 973 | | 1958 | | |
| 976 | | 1955 | | |
| 979 | | 1952 | | |
| 987 | | Summe | | |
| 1601 | Messeinrichtungen | 1994 | | |
| 1602 | | 1993 | | |
| 1605 | | 1990 | | |
| 1606 | | 1989 | | |
| 1610 | | 1985 | | |
| 1611 | | 1984 | | |
| 1614 | | 1981 | | |
| 1615 | | 1980 | | |
| 1616 | | 1979 | | |
| 1617 | | 1978 | | |
| 1618 | | 1977 | | |
| 1620 | | 1975 | | |
| 1622 | | 1973 | | |
| 1623 | | 1972 | | |
| 1631 | | Summe | | |
| 1940 | Parameter im Basisjahr | | | |
| 1941 | I.1. Fläche des versorgten Gebietes: | | | |
| 1942 | I.2. Anzahl der Ausspeisepunkte: | | | |
| 1943 | davon an Letzverbraucher | | | |
| 1944 | | im ND (< 100 mbar) | | |
| 1945 | | im MD (> 100 mbar) | | |
| 1946 | | im HD (> 1 bar) | | |
| 1947 | davon an fremde nachgelagerte Netze | | | |
| 1948 | | im ND (< 100 mbar) | | |
| 1949 | | im MD(> 100 mbar | | |
| 1950 | | im HD (> 1 bar) | | |
| 1951 | davon an eigene nachgelagerte Netze | | | |
| 1952 | | im ND (< 100 mbar) | | |
| 1953 | | im MD (> 100 mbar) | | |
| 1954 | | im HD (> 1 bar) | | |
| 1955 | I.3. Zeitgleiche Jahreshöchstlast | | | |
| 1956 | | kWh/h | | |
| 1957 | | m3/h | | |
| 1958 | II.1. Konzessionsgebiet | | | |
| 1959 | II.2. Netzlänge: | | | |
| 1960 | davon Netzlänge ohne HAL | | | |
| 1961 | | im ND (< 100 mbar) | | |
| 1962 | | im MD (> 100 mbar) | | |
| 1963 | | im HD (> 1 bar) | | |
| 1964 | | Fremdnutzungsanteil | | |
| 1965 | davon HAL | | | |

| | A | B | C | D |
|---|---|---|---|---|
| 1966 | | im ND (< 100 mbar) | | |
| 1967 | | im MD (> 100 mbar) | | |
| 1968 | | im HD (> 1 bar) | | |
| 1969 | II.3. Anschlussgrad: | | | |
| 1970 | II.4. Erschließungsgrad: | | | |